

## Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die  
Sitzungen des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 11. Dezember 1968  
am Freitag, dem 13. Dezember 1968

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

- |                               |   |
|-------------------------------|---|
| 1. Abgeordneter<br>Strohmayer | Entspricht es den gesetzlichen Bestimmungen, daß alleinstehenden Personen in öffentlich geförderten Altenwohnungen grundsätzlich nur eine 1-Raum-Wohnung zur Verfügung gestellt wird? |
|-------------------------------|---|

### Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

- |  |  |
|--|--|
| 2. Abgeordnete<br>Frau<br>Geisendörfer | Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten auf eine baldige Einigung über ein Mehrjahresforschungsprogramm für Ispra?  |
| 3. Abgeordnete<br>Frau<br>Geisendörfer | Welche Folgen würde eine Nichteinigung für das deutsche Personal bei den Forschungseinrichtungen von EURATOM haben?  |
| 4. Abgeordneter<br>Flämig              | Wird das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung sich bei der Ausarbeitung des Programmes für die Meeresforschung für eine Priorität der Grundlagenforschung oder der wirtschaftsrelevanten Forschung und Entwicklung einsetzen?   |
| 5. Abgeordneter<br>Flämig              | Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß das Verhältnis der für die Bereiche Kernforschung und Weltraumforschung aufgewendeten und bis jetzt geplanten Mittel insbesondere zu denen für die neuen Bereiche der Datenverarbeitung, Meeresforschung und neuen Technologien in einem ausgewogenen Verhältnis stehen, wenn man die unterschiedliche Bedeutung dieser Gebiete für das künftige Wirtschaftswachstum und den gesellschaftlichen Fortschritt berücksichtigt? |

6. Abgeordneter **Ollesch** Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Zusammenarbeit mit Großbritannien und anderen Ländern auf dem Gebiet der Anreicherung spaltbaren Materials?
7. Abgeordneter **Ollesch** Gibt es konkrete Angebote über eine derartige Zusammenarbeit?
8. Abgeordneter **Ollesch** Sind in der mittelfristigen Finanzplanung Dispositionen getroffen, die einer möglichen Veränderung bei EURATOM Rechnung tragen?
9. Abgeordneter **Herold** Wird sich die Bundesregierung im Ministerkomitee des Europarates für den Vorschlag der Empfehlung 537 der Beratenden Versammlung des Europarates einsetzen, der dahin geht, eine Untersuchung über die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und der Technologie in die Wege zu leiten, als Voraussetzung für die Aufstellung eines Programms auf lange Sicht?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

10. Abgeordneter **Porsch** Sind der Bundesregierung Rückstellungsgesuche vom Wehrdienst für Söhne von Politikern bekannt?
11. Abgeordneter **Geldner** Ist folgende Meldung richtig, die die „Fränkische Landeszeitung“ am 2. Dezember 1968 unter der Überschrift „Sowjet-Landetruppen kreisten über Nürnberg“ verbreitete: Am 21. August 1968 hätten mehrere Luftraumverletzungen durch sowjetische Flugzeuge stattgefunden. „Sowjetrussische Truppentransporter, die sich ‚verfranzt‘ hätten, seien völlig unbehelligt eine geraume Zeit über Nürnberg gekreist“?
12. Abgeordneter **Dr. Wörner** Wie weit sind die Bemühungen der Bundesregierung gediehen, entsprechend dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 8. Mai 1968 (Drucksache V/2803) bei der Bundeswehr Fördergruppen für den Leistungssport einzurichten?
13. Abgeordneter **Schonhofen** Wie beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit zwischen den örtlich zuständigen Stellen der Sanitätstruppe der Bundeswehr und den Krankenanstalten der Stadt und des Kreises Minden, die einen Teil der praktischen Ausbildung von Sanitätern übernommen haben?

14. Abgeordneter  
**Schonhofen** Sind die positiven Ergebnisse, die mit dieser praktischen Unterweisung von Sanitätern im Rahmen ihrer fachlichen Ausbildung sowohl für die Truppe als auch für die zivile Krankenversorgung verbunden sind für die Bundesregierung Anlaß zu prüfen, ob eine solche Zusammenarbeit mit geeigneten Krankenanstalten zur ständigen Einrichtung gemacht werden kann?
15. Abgeordneter  
**Schonhofen** Läßt sich eine solche Zusammenarbeit, vor allem mit Unfallkrankenhäusern, auch auf den Einsatz von medizinischem Gerät o. ä. ausdehnen?
16. Abgeordneter  
**Dröscher** Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der für das Erziehungs- und Bildungswesen im Heer zuständige General mit der Feststellung, die er auf einer Parteiversammlung in Bonn getroffen haben soll „vermehrter Geländedienst erledige zu viele Diskussion von selbst und so könne man mit der Unruhe in der Bundeswehr einfacher fertig werden“, die Richtung vertritt, die die Bundeswehr für die innere Ausrichtung der Bundeswehr anstrebt?
17. Abgeordneter  
**Ertl** Trifft es zu, daß das Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt, 25% der bisherigen Planstellen für das Zivilpersonal am Fliegerhorst Erding einzusparen?
18. Abgeordneter  
**Schultz**  
**(Gau-Bischofsheim)** Auf welche Unterlagen kann sich das Bundesverteidigungsministerium stützen, wenn es feststellt, der Leser einer Fachzeitschrift, gemeint sind militärische Fachzeitschriften, unterscheide in der Regel nicht objektiv zwischen dem redaktionellen und dem Anzeigenteil bzw. einer Beilage?
19. Abgeordneter  
**Schultz**  
**(Gau-Bischofsheim)** Warum hält die Bundesregierung in dem jetzt von ihr vorgelegten Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung es für erforderlich, daß diejenigen Stabs- und Oberstabsfeldwebel, die Offiziere des militärfachlichen Dienstes werden wollen, sich noch einer Offiziersprüfung unterziehen müssen, nachdem sie sich doch durch ihre bisherige Tätigkeit bereits für ihre zukünftigen Aufgaben als Fachoffizier qualifiziert haben?
20. Abgeordneter  
**Schultz**  
**(Gau-Bischofsheim)** Warum verzichtet die Bundesregierung nicht darauf, daß die Fachoffiziersanwärter und die Fachoffiziere im Schriftverkehr ihren Dienstgrad durch einen entsprechenden Zusatz (FOA, FO) kennzeichnen müssen, obwohl durch diese Kennzeichnung die Gefahr besteht, daß der Fachoffizier abgewertet und seine Integration in das Offizierskorps verhindert wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

21. Abgeordneter **Buschfort** Wann werden die bereits vor längerer Zeit angekündigten zwischenstaatlichen Verhandlungen über die Abschaffung der grünen Versicherungskarte zu einem Abschluß kommen?
22. Abgeordneter **Opitz** Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß das Flugzeug im gesamten europäischen Verkehr eine ungenügende Rolle spielt?
23. Abgeordneter **Opitz** Ist die Bundesregierung bereit, in der EWG Maßnahmen vorzuschlagen, um den Flugverkehr in Europa gegenüber anderen Verkehrsträgern wettbewerbsfähig zu machen, z. B. durch Absprachen oder neue Zusammenschlüsse zwischen Fluggesellschaften zugunsten der Reisenden?
24. Abgeordneter **Opitz** Hat die Bundesregierung Unterlagen darüber, warum der Flugkilometerpreis in Europa höher ist als in den USA?
25. Abgeordneter **Ott** Ist es richtig, daß bei einer beabsichtigten Auflösung der Bundesbahndirektion Augsburg die nach München verlagerten Dienststellen nicht zentral und räumlich unbefriedigend untergebracht werden müssen?
26. Abgeordneter **Ott** Inwieweit entsprechen Informationen den Tatsachen, daß zur ordnungsmäßigen Unterbringung aller Dienststellen einer vergrößerten Bundesbahndirektion München der Bau eines neuen großen Verwaltungsgebäudes notwendig ist, wofür bereits ein Grundstück vorhanden ist?
27. Abgeordneter **Ott** Hält die Bundesregierung es angesichts der in München herrschenden Übernachtfrage auf dem Bausektor für richtig, eine solche in Frage 26 erwähnte Baumaßnahme vor Abhaltung der olympischen Spiele durchzuführen?
28. Abgeordneter **Dr. Althammer** Ist die Bundesregierung bereit, dem Vorschlag zuzustimmen, eine Bundesbahndirektion München-Augsburg an die Stelle der beiden Bundesbahndirektionen München und Augsburg zu setzen, um dadurch eine unnötige und unvermeidbare Zusammenballung von Behörden in München zu verhindern?
29. Abgeordneter **Dr. Althammer** Ist die Bundesregierung bereit, jede Unterstützung zu geben, um Dienststellen und Personal der Deutschen Bundesbahn in Augsburg zu halten, um München zu entlasten und eine sinnvolle Raumordnung in Bayern zu unterstützen?

- |  |   |  |
|--|---|--|
| 30. Abgeordneter<br><b>Weigl</b>                   | In welcher Höhe sind 1969 bzw. 1970 Mittel für den weiteren, besonders dringlichen Bau der Schnellstraße B 15 neu zwischen Regensburg und Weiden vorgesehen (im besonderen aus dem Strukturprogramm des Bundes für das Teilstück Nabburg—Schwarzenfeld)?  |  |
| 31. Abgeordneter<br><b>Reichmann</b>               | Wird bei der geplanten Autobahn Stuttgart—westlicher Bodensee der Autobahnknotenpunkt Sunthausen — umfassend — mit eingepflanzt?  |  |
| 32. Abgeordneter<br><b>Reichmann</b>               | Wird für den Autobahnknotenpunkt Sunthausen gleichzeitig mit dem Bau der Nord-Süd-Autobahn nur der Grunderwerb vorzeitig durchgeführt oder der Knotenpunkt selbst in seiner Gestaltung so errichtet, daß man auf die Nord-Süd-Autobahn auffahren kann?  |  |
| 33. Abgeordneter<br><b>Reichmann</b>               | Ist dem Bundesverkehrsministerium bekannt, daß der gleichzeitige Gesamtausbau des Autobahnknotenpunktes Sunthausen wirtschaftlich und verkehrsmäßig für das dortige Gebiet dringend notwendig ist?  |  |
| 34. Abgeordneter<br><b>Lemmrich</b>                | Wann wird die Linienführung der künftigen Bundesautobahn Würzburg — Ulm festgelegt, nachdem bereits sechs Jahre lang darüber verhandelt wird?   |  |
| 35. Abgeordneter<br><b>Müller<br/>(Ravensburg)</b> | Was kann die Bundesregierung tun, um die seit Jahren andauernden und in jüngster Zeit offenbar festgefahrenen Verhandlungen der drei Bodensee-Anliegerstaaten (Österreich, Schweiz, Deutschland) über eine neue Internationale Schifffahrts- und Hafenordnung zu beschleunigen?   | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 36. Abgeordneter<br><b>Müller<br/>(Ravensburg)</b> | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es auf die Dauer unerträglich ist, wenn es in den drei Anliegerstaaten unterschiedliche Bestimmungen auch für Bootsführerscheine und Schifferpatente gibt?  | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 37. Abgeordneter<br><b>Müller<br/>(Ravensburg)</b> | Wie ist es zu erklären, daß im Bereich des Straßen- und Wasserbauamtes Konstanz für die Bootswerften keine Probefahrten mit Booten möglich sind, während dies auf der württembergischen Seite gestattet ist?  | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 38. Abgeordneter<br><b>Dr. Gleissner</b>           | Wird die Bundesregierung aus der aufsehen-erregenden Veröffentlichung mit dem Titel „Flugsicherheit oder die Chance zu überleben“, die der Schwede Arne Leibling „aus der Perspektive und auf Grund 20jähriger Flugpraxis“ geschrieben hat und die sich u. a. mit „wachsenden Mißständen der Flugsicherung“ in einem immer stärker expandierenden Luftverkehr beschäftigt, Konsequenzen ziehen? |  |

39. Abgeordneter  
**Dr. Gleissner** Was ist zu dem schweren Vorwurf zu sagen, daß das Flugsicherungssystem, mit dessen Hilfe „der Pilot seine Hochleistungs-Großraumtransportmaschinen mit großer Geschwindigkeit durch den Äther steuert“, absolut unzureichend ist?
40. Abgeordneter  
**Dr. Gleissner** Ist die Kritik auch für die Bundesrepublik Deutschland zutreffend, daß die Luftfahrtbehörden als Arbeitgeber von ihren Flugsicherungsbeamten verlangen, daß sie „unter starken Beanspruchungen, wie großer Verkehrsdichte und unter ungünstigen physischen Bedingungen, wie schlechte Beleuchtung, hohe Lärmbelästigung, unzureichendem Arbeitsraum und veraltetem Gerät arbeiten“, so daß die Arbeitsfähigkeit des Flugsicherungsbeamten in gefährlichem Maße beeinträchtigt wird?
41. Abgeordneter  
**Dr. Kempfler** Kann die Bundesregierung auf Grund des bisher vorliegenden statistischen Materials beurteilen, welche Abschnitte auf den Bundesfernstraßen durch Überwecheln des Wildes besonders gefährdet sind?
42. Abgeordneter  
**Dr. Kempfler** Decken sich diese Abschnitte auf den Bundesautobahnen mit denjenigen, die im Rahmen des „Versuchsprogrammes mit Wildzäunen“ mit solchen Zäunen bereits versehen sind?
43. Abgeordneter  
**Dr. Kempfler** Um wieviel Prozent würden sich die Kosten für den Ausbau eines Kilometers Straßenlänge bei Bundesautobahnen und Bundesstraßen verteuern, wenn Wildzäune angebracht würden?
44. Abgeordneter  
**Dr. Hammans** Ist die Bundesregierung bereit, den Nachweis zu führen, daß ihre Beträge zum Bau gemeindlicher Kanalisationen, in die sie Straßenwässer der in ihrer Baulast stehenden Straßen einleitet, neben den Kosten der erstmaligen Herstellung auch die gemeindlichen Kosten der Unterhaltung und gegebenenfalls erforderlich werdenden Erneuerung sowie die Behandlung und Beseitigung der Abwässer in Kläranlagen abdeckt?
45. Abgeordneter  
**Dr. Rutschke** Ist die Bundesregierung dafür, daß die Parkscheibe nach der neuen Straßenverkehrs-Ordnung auch für eine höchstzulässige Parkdauer unter 2 Stunden zugelassen wird?
46. Abgeordneter  
**Dr. Rutschke** Beabsichtigt die Bundesregierung, bei den Ländern darauf hinzuwirken, daß die Gemeinden, je nach den örtlichen Gegebenheiten, selbst über die höchstzulässige Parkdauer bestimmen können?

47. Abgeordneter  
**Dr. Rutschke**      Hält es die Bundesregierung für richtig, die im Entwurf der neuen Straßenverkehrs-Ordnung vorgesehene und den CEMT-Regeln entsprechende Einführung der Parkscheibe durch eine Ausführungsverordnung zum Teil außer Kraft zu setzen, nachdem unter anderem in Frankreich, Italien, Österreich und in der Schweiz die Parkscheibe auch bei kürzeren höchstzulässigen Parkzeiten als zwei Stunden erlaubt ist?
48. Abgeordneter  
**Dröscher**      Warum ist die Deutsche Bundesbahn bei der Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien bei der Altersgrenze von 25 Jahren geblieben, obwohl bei den Kinderfreibeträgen des Finanzamtes, ebenso wie bei den Bezügen im öffentlichen Dienst, die Grenze von 25 Jahre auf 27 Jahre heraufgesetzt worden ist, um so der längeren Ausbildungsdauer zu entsprechen?
49. Abgeordneter  
**Härzschel**      Für welches Jahr ist der Termin der Bauarbeiten an den Ortsumgehungen von Lörrach, Schopfheim und Zell der B 317 nach dem augenblicklichen Stand vorgesehen? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
50. Abgeordneter  
**Härzschel**      Hat die Bundesregierung bei ihrer Planung den in den letzten Jahren stark angestiegenen Regionalverkehr sowie den ständig steigenden Durchgangsverkehr von der Schweiz und Frankreich zu den Erholungsgebieten des Hochschwarzwaldes und die dadurch entstandene zusätzliche Belastung berücksichtigt? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
51. Abgeordneter  
**Härzschel**      Ist die Bundesregierung angesichts dieser Entwicklung bereit, die vorgesehenen Termine zu überprüfen, ggf. vorzuverlegen und verstärkte Anstrengungen im Blick auf eine möglichst rasche Realisierung der angeführten Bauvorhaben zu machen? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
52. Abgeordneter  
**Spillecke**      Ist der Bundesregierung das Ergebnis einer internen Befragung der bei der Luftsicherung tätigen Beamten bekannt, wonach sich von 491 Befragten 84% für ein Überwechseln vom Beamten- in das Angestelltenverhältnis entschieden haben sollen?
53. Abgeordneter  
**Spillecke**      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem Wunsche dieses Personenkreises zu entsprechen?

#### Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

54. Abgeordneter  
**Weigl**      Trifft es zu, daß ein qualifizierter Beamter des einfachen Postdienstes, der über den zweiten Bildungsweg die Fachschulreife nachgeholt hat, für den Aufstieg in den mittleren Dienst der Deutschen Bundespost nicht anders behandelt werden kann als ein Aufstiegsbewerber ohne Nachweis der mittleren Reife?

55. Abgeordneter **Faller** Bis wann können das Kandertal (Raum Marzell) und das hintere Wiesental (Raum Todtnau—Schönau) in Südbaden mit dem Empfang des Zweiten Fernsehprogramms rechnen?
56. Abgeordneter **Peiter** Welcher Auffassung ist die Bundesregierung in der Frage, wieder besondere Luftpostmarken herauszugeben?
57. Abgeordneter **Peiter** Welcher Auffassung ist die Bundesregierung in der Frage, wieder besondere Behörden dienstmarken herauszugeben?
- Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

58. Abgeordneter **Dr. Giuliani** Ist die Bundesregierung bereit, durch Übernahme in die einschlägigen Gesetze (evtl. Bundesbesoldungsgesetz, Unterhaltssicherungsgesetz usw.) oder durch sonstige Maßnahmen zu erreichen, daß den übenden Reservisten die Übungstage bei ihrem Arbeitgeber bei der Berechnung von Sonderzuwendungen, Weihnachtsgratifikationen usw. mitangerechnet werden?
59. Abgeordneter **Dichgans** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zur Sicherung höchster Qualität ihrer Ministerialbeamten einen systematischen Wechsel zwischen Ministerialtätigkeit und Verwaltungstätigkeit in praxisnahen Behörden, auch Behörden der Länder und der Gemeinden, für Altersgruppen bis etwa zum 40. Lebensjahr zu organisieren?
60. Abgeordneter **Dichgans** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einen Wechsel von Beamten zwischen den verschiedenen Bundesministerien zu fördern, um das Ressortdenken zu bekämpfen, das normalerweise einem Beamten Aufstiegsmöglichkeiten nur innerhalb des Ministeriums öffnet, in dem seine Laufbahn beginnt?
61. Abgeordneter **Dichgans** Hält die Bundesregierung es für zweckmäßig, Beamten, die aus dem Staatsdienst ausscheiden wollen, Ansprüche auf Angestelltenversicherung einzuräumen (wie das bei ausscheidenden Referendaren geschieht), um auf diese Weise auch die Beamtenpositionen gemäß den Grundsätzen moderner Arbeitsmarktpolitik beweglicher zu machen und um zu verhüten, daß ein Beamter, dessen Eignung und Neigung für den Beamtenstand geringer ist als für andere Tätigkeit, nur deshalb Beamter bleibt, weil er sonst seine Alterssicherung verliert?



62. Abgeordneter **Dröscher** Welche Auswirkungen hat die Erhöhung der Renten auf die Richtsätze nach dem Bundessozialhilfegesetz gehabt?
63. Abgeordneter **Paul** Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der Empfehlung 533 (1968) der Beratenden Versammlung des Europarates darauf hinzuwirken, daß eine gemeinsame europäische Methode für die Durchführung von Volkszählungen erarbeitet und sobald wie möglich eingeführt wird?
64. Abgeordneter **Paul** Wird die Bundesregierung sich im Ministerkomitee des Europarates für die Einberufung eines Sachverständigenkomitees, in dem auch europäische Nichtmitgliedstaaten vertreten sein sollten, einsetzen, das ein europäisches Abkommen über die einheitliche Durchführung und Auswertung von Volkszählungen auszuarbeiten hätte?
65. Abgeordneter **Matthöfer** Ist der Bundesregierung eine Studie bekannt, in der — nach einem Bericht der Zeit vom 29. Februar 1968 — ein hoher Polizeioffizier, „während des Zweiten Weltkrieges Leiter einer Straßenkampfschule im polnischen Mokotrow“, die Ergebnisse des Warschauer Aufstandes zusammenfaßte und sie auf die Städte der Bundesrepublik Deutschland — „für die Bekämpfung von ‚Störern‘ im Innern“ — übertrug?
66. Abgeordneter **Matthöfer** Trifft die im zitierten Bericht aufgestellte Behauptung zu, der Leiter einer dem Bundesinnenministerium zugeordneten zentralen Hubschrauberausbildungsstätte für Länderpolizeien habe erklärt, bei Tiefflugübungen für den Straßenkampf werde „selbstverständlich verbotenerweise wirklichkeitsnah ausgebildet“?
67. Abgeordneter **Moersch** Treffen Meldungen zu, nach denen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Bundesministerien eine Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der von ihr eingesetzten „Günther-Kommission“ verzögert haben, die die Wettbewerbssituation im deutschen Pressewesen untersucht hat?
68. Abgeordneter **Moersch** Wann wird die Bundesregierung diese Stellungnahme endgültig vorlegen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

69. Abgeordneter **Dr. Frerichs** Wann ist mit der Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Zivilprozeßordnung zu rechnen?

70. Abgeordneter  
**Dr. Frerichs** Welche Vorstellungen bestehen bei der Bundesregierung zur Reform des Konkurs- und Vergleichsrechts auch unter Berücksichtigung der Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft?
71. Abgeordneter  
**Dr. Frerichs** Wann beabsichtigt die Bundesregierung, das gesamte Kostenrecht in einer umfassenden Novelle neu zu ordnen?
72. Abgeordneter  
**Matthöfer** Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung der Landeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen Bayerns, ein Teil der Strafbestimmungen des 6. Abschnitts des StGB, vor allem der über Auflauf, Aufruhr und Landfriedensbruch, entspreche nicht den für die Rechtsprechung verbindlichen Wertvorstellungen des Grundgesetzes?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

73. Abgeordneter  
**Strohmayer** Hält es die Bundesregierung im Hinblick auf die intensive staatliche Förderung des Bausparwesens für vertretbar, daß die Bausparkassen eine überhöht erscheinende Abschlußgebühr erheben, die in sehr vielen Fällen genau so hoch ist wie die erste staatliche Bausparjahresprämie?
74. Abgeordneter  
**Strohmayer** Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Abschlußgebühren in der bisherigen Höhe nicht länger zu vertreten sind?
75. Abgeordneter  
**Peters**  
**(Poppenbüll)** Ist die Bundesregierung bereit, die Westküste Schleswig-Holsteins nach dem Gesetz über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs den Zonenrandkreisen des Landes gleichzustellen?
76. Abgeordneter  
**Peters**  
**(Poppenbüll)** Welche Kreise Schleswig-Holsteins werden als Frachthilfegebiete erklärt, in denen die Besteuerung des Straßengüterverkehrs um 50% ermäßigt würde?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

77. Abgeordneter  
**Porsch** Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bauhandwerk und Baunebengewerbe im bayerischen Grenzland — anders wie in den Ballungsräumen — nur bis etwa März 1969 beschäftigt ist?
78. Abgeordneter  
**Porsch** Wird die Bundesregierung sofort alles Notwendige veranlassen, um die rechtzeitige Vergabe von Staatsaufträgen für das Frühjahr 1969 sicherzustellen?

79. Abgeordneter  
**Geldner** Welche Auswirkungen auf den Fremdenverkehr in und nach Deutschland werden die von der Bundesregierung und einigen europäischen Nachbarstaaten in jüngster Zeit getroffenen währungspolitischen Maßnahmen voraussichtlich haben?
80. Abgeordneter  
**Geldner** Welche Auswirkungen auf den Tourismus aus der Bundesrepublik Deutschland ins benachbarte Ausland werden diese währungspolitischen Maßnahmen haben?
81. Abgeordneter  
**Dr. h. c.**  
**Dr.-Ing. E. h.**  
**Möller** Ist die Bundesregierung bereit, Auskunft zu geben über den Stand einer Börsenreform, die in erster Linie eine Verbesserung des Kundenschutzes durch widerstandsfähigere Börsen und ausreichende Publizität zum Ziele haben muß?
82. Abgeordneter  
**Dr. Stark**  
**(Nürtingen)** Teilt die Bundesregierung die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3. Dezember 1968, Seite 13, geäußerte Auffassung, daß es sich bei der Preissenkung des „Walzstahlkontors West“ von 95 DM pro Tonne Betonstahl = 24% um eine gezielte Maßnahme handelt, welche die wirtschaftliche Vernichtung eines in Baden-Württemberg ansässigen mittelständigen Außenseiters auf dem Gebiete der Betonstahlherstellung zum Ziele hat und damit eindeutig wirtschaftlichen Machtmißbrauch darstellt?
83. Abgeordneter  
**Dr. Stark**  
**(Nürtingen)** Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung einleiten, um die Europäische Kommission auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen des Montan-Vertrages zu einem entsprechenden Eingreifen zu veranlassen, damit nicht unübersehbare wirtschaftliche und strukturelle Folgen für den Stahlhandel und einzelne Zweige der Stahlverarbeitung eintreten?
84. Abgeordneter  
**Dr. Stark**  
**(Nürtingen)** Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, die einerseits anläßlich der Verabschiedung des Außenwirtschaftsgesetzes wegen der angeblichen Gesamtbelastung von 800 Millionen DM auf die Gefahr einer Stahlkrise hinwies und andererseits verlauten läßt, daß eine Preissenkung von 95 DM pro Tonne Betonstahl über Rationalisierungsmaßnahmen möglich sei, obgleich diese Preissenkung — bezogen auf die Lieferung aller deutschen Werke — einen Erlösverzicht von 70 Millionen DM bis 80 Millionen DM nur bei diesem Erzeugnis bedeutet?
85. Abgeordneter  
**Dr. Enders** Wie wirken sich für das Zonenrandgebiet die Richtlinien aus, nach denen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Personen und Unternehmer aus dem Zonenrandgebiet bevorzugte Berücksichtigung erhalten sollen?

86. Abgeordneter  
**Dr. Enders** Welche Schlüsse zieht der Bundeswirtschaftsminister aus den Berichten der Vergabestellen über Art und Ausmaß der an Firmen im Zonenrandgebiet erteilten Aufträge?
87. Abgeordneter  
**Dr. Enders** Welche Firmen im osthessischen Zonenrandgebiet konnten auf Grund der aufgeführten Richtlinien für öffentliche Aufträge bevorzugt berücksichtigt werden?
88. Abgeordneter  
**Adams** Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das vom Ministerrat der Montanunion im Februar 1967 beschlossene und Ende dieses Jahres auslaufende Kokskohle-Beihilfesystem im Interesse der deutschen Montanwirtschaft zunächst für mindestens zwei weitere Jahre verlängert werden sollte?
89. Abgeordneter  
**Adams** Ist damit zu rechnen, daß der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften noch im Dezember 1968 einen entsprechenden Beschluß fassen wird?
90. Abgeordneter  
**Adams** Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die gegen die Verlängerung dieser Beihilfemaßnahmen bestehenden Bedenken anderer EWG-Partnerstaaten auszuräumen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

91. Abgeordneter  
**Dr. Müller  
(München)** Was soll mit der Überschußproduktion an Zucker innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach Meinung der Bundesregierung geschehen?
92. Abgeordneter  
**Dr. Aigner** Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Förderung einzelbetrieblicher Maßnahmen, insbesondere von Aussiedlungen landwirtschaftlicher Betriebe nicht nur im Interesse der einzelnen Betriebe selbst, sondern als Voraussetzung für die Auflockerung der Dorflage und damit der Dorferneuerung schlechthin auch weiterhin und mindestens im bisherigen Umfang fortgesetzt werden sollte?
93. Abgeordneter  
**Dr. Aigner** Hält die Bundesregierung die Absicht der Kommission der EWG, künftig aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abt. Ausrichtung, einzelbetriebliche Maßnahmen nicht mehr zu fördern, wie dies u. a. aus den Vorschlägen für die Gemeinschaftsprogramme (Kommissionsdokument 7960/VI/68) hervorgeht, mit den Zielen ihres Agrarprogramms für vereinbar?

94. Abgeordneter  
**Dr. Aigner**
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sich angesichts der immer schmaler werdenden nationalen Finanzierungsbasis — bedingt vor allem durch die steigenden Ausgaben für die gemeinsamen Marktorganisationen — zusätzliche Finanzierungshilfen aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung, für die Förderung von Ausiedlungen und anderen einzelbetrieblichen Investitionen zu sichern?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

95. Abgeordneter  
**Dr. Pohle**
- Wie steht die Bundesregierung zu der schon seit Jahren geübten und zu laufenden Wettbewerbsverzerrungen führenden Benachteiligung deutscher Montagefirmen in Schweden, die daraus resultiert, daß die nach Schweden entsandten deutschen Monteure ihre Arbeit nur nach Erteilung einer behördlichen Arbeitserlaubnis aufnehmen können, die von den zuständigen Ämtern aber nur mit Zustimmung der schwedischen Gewerkschaften erteilt wird?
96. Abgeordneter  
**Dr. Pohle**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die schwedischen Gewerkschaften ihre Zustimmung zur Erteilung der Arbeitsgenehmigung davon abhängig machen, daß die deutschen Monteure unter Nichtberücksichtigung der deutschen Lohnbedingungen den schwedischen, von den dortigen Gewerkschaften diktierten Arbeitsbedingungen unterworfen werden, obwohl die deutschen Arbeitskräfte nur vorübergehend zur Abwicklung von deutsch-schwedischen Lieferverträgen tätig werden und an einer unbefristeten Niederlassung in Schweden nicht interessiert sind?
97. Abgeordneter  
**Dr. Pohle**
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die ungleiche Behandlung von deutschen Montagebetrieben in Schweden und schwedischen Firmen bei Arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend**

98. Abgeordneter  
**Dr. Meinecke**
- Ist der Bundesregierung das Memorandum des Deutschen Studentenwerkes vom 28. Oktober 1968 bekannt, in dem die Auffassung vertreten wird, daß das Studentische Arbeitsprogramm im Bundesjugendplan verbleiben könne, weil es keine örtlichen oder regionalen, sondern überregionale Bestrebungen fördert und somit nicht im Gegensatz zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Gesetz für Jugendwohlfahrt vom 18. Juli 1967 steht?

99. Abgeordneter  
**Dr. Meinecke** Ist die Bundesregierung bereit, sich der Auffassung anzuschließen, daß das Studentische Arbeitsprogramm als Maßnahme der Jugendpflege nach § 25 Abs. 1 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 1967 auch weiterhin aus Mitteln des Bundesjugendplanes gefördert werden kann?
100. Abgeordneter  
**Westphal** Kann sich die Bundesregierung der Auffassung anschließen, daß diejenigen Teile von Förderungsprogrammen des Bundesjugendplanes, die als örtliche oder regionale Aufgaben angesehen werden und abtrennbar von den Gesamtprogrammen sind, erst im Zuge der Durchführung des Finanzausgleiches (Flurbereinigung) an die Länder abgegeben werden sollen?
101. Abgeordneter  
**Westphal** Wäre Einvernehmen mit den Ländern über eine Regelung im Sinne der Auffassung, wie sie aus Frage 100 hervorgeht, möglich und zu erreichen?
102. Abgeordneter  
**Westphal** Welche Konsequenzen finanzieller Art müßten für 1969 im Bundesjugendplan gezogen werden, wenn die Bundesregierung mit den Ländern eine Vereinbarung im Sinne der Frage 100 erzielen würde?

#### Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

103. Abgeordneter  
**Dr. Häfele** Ist der Bundesregierung die Tätigkeit des von Zahnarzt Dr. Johannes G. Schnitzler geleiteten „Arbeitskreises Gesundheitskunde e. V.“ in Mönchweiler (Kreis Villingen) bekannt, der sich zum Ziele setzt, Zahnerkrankungen durch Beseitigung von Ernährungsfehlern zu verhindern? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
104. Abgeordneter  
**Dr. Häfele** Ist die Bundesregierung bereit, die praktischen Erfahrungen des Arbeitskreises in der „Aktion Mönchweiler“ aufzugreifen und durch eine bundesweite Aufklärungsaktion zu verbreiten? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
105. Abgeordneter  
**Dr. Tamblé** Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich eine erhebliche Beeinträchtigung der Arbeitskapazität der von der öffentlichen Hand unterhaltenen Krankenanstalten abzeichnet, wenn Assistenzärzten, die zum Grundwehrdienst einberufen werden, nach § 1 Abs. 2 des Arbeitsplatzschutzgesetzes in der Fassung vom 21. Mai 1968 das Arbeitsentgelt weitergezahlt werden muß und auf Grund der schlechten Finanzlage der Krankenhäuser Ärzte als Vertretung für die zum Wehrdienst Einberufenen nicht eingestellt werden können?

106. Abgeordneter  
**Dr. Tamblé** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die für einen Vertreter des zum Wehrdienst einberufenen Arztes anfallenden Personalkosten zu übernehmen, um die Sicherstellung der stationären ärztlichen Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten?
107. Abgeordneter  
**Dr. Tamblé** Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitgeber der öffentlichen Hand dazu übergegangen sind, Ärzte, die nach Ableistung der Medizinalassistentenzeit und Erhalt der Bestallung eine Tätigkeit als Assistenzarzt aufnehmen wollen, entweder gar nicht einstellen oder mit ihnen unzumutbare kurzfristige Arbeitsverträge abschließen, sofern diese Ärzte keinen Nachweis über abgeleiteten Grundwehrdienst oder Befreiung hiervon beibringen können?
108. Abgeordneter  
**Peiter** Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Einführung eines Gesundheitspasses für alle Bundesbürger?

#### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

109. Abgeordneter  
**Ertl** Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß sie mit ihrer Weigerung, die von Bundesaußenminister Brandt gebilligten Geheimgespräche des Sonderbotschafters Bahr näher zu erläutern, nur jenen Kräften Auftrieb gegeben hat, die den von Bundesaußenminister Brandt beklagten „Sumpf von Verdächtigungen und Verleumdungen“ verursacht haben?
110. Abgeordneter  
**Ertl** Ist der Bundesaußenminister bereit, der Öffentlichkeit über die von ihm gebilligten Geheimgespräche des Sonderbotschafters Bahr nähere Auskunft zu geben, um zu verhindern, daß sie noch mehr ins Zwielficht geraten?
111. Abgeordneter  
**Dorn** Wie erklärt sich die Bundesregierung nach dem bisherigen Verlauf der Verfahren die plötzlichen Meldungen aus Seoul über neuerliche Todesurteile gegen Südkoreaner, die aus der Bundesrepublik Deutschland entführt worden waren?
112. Abgeordneter  
**Dorn** Was hat die Bundesregierung unternommen, um die baldige Freilassung der widerrechtlich aus ihrem Hoheitsgebiet Verbrachten zu erreichen?

- |  |   |  |
|--|---|--|
| 113. Abgeordneter<br><b>Dr. Müller</b><br><b>(München)</b> | Wie viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland werden zur Zeit gegen ihren Willen in der Volksrepublik China festgehalten?   |  |
| 114. Abgeordneter<br><b>Dr. Müller</b><br><b>(München)</b> | Was hat die Bundesregierung getan, um die Ausreise von in der Volksrepublik China festgehaltenen Bundesbürgern zu ermöglichen?  |  |
| 115. Abgeordneter<br><b>Weigl</b>                          | Stützt sich nach dem neuesten Stand der Ermittlungen die Forderung auf Rückkehr der in Seoul verurteilten Koreaner in die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor nur auf Vermutungen oder neuerdings auch auf Beweise über eine gewaltsame Entführung dieser Personen?   |  |
| 116. Abgeordneter<br><b>Dr. Hudak</b>                      | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sozialistischen Volksrepublik Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland zum Stillstand gekommene Familienzusammenführung wieder in Gang zu bringen?  | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 117. Abgeordneter<br><b>Dr. Hudak</b>                      | Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die z. Z. mit der Sozialistischen Volksrepublik Rumänien geführten Wirtschaftsverhandlungen eine Möglichkeit für die Bundesregierung bieten, wenigstens auf die auch dem Auswärtigen Amt bekannten Härtefälle (Zusammenführung von Ehegatten) hinzuweisen?   | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 118. Abgeordneter<br><b>Dr. Hudak</b>                      | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Unsicherheit und Ungeklärtheit in der Frage der Familienzusammenführung für die Betroffenen gerade im Jahr der Menschenrechte eine schwere seelische Belastung und menschliche Not bedeutet?  | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 119. Abgeordneter<br><b>Dr. Arndt</b><br><b>(Hamburg)</b>  | Sind der Bundesregierung die neuerlichen — in der vergangenen Woche ergangenen — Urteile gegen die zum Teil aus Deutschland entführten Koreaner bekannt?  |  |
| 120. Abgeordneter<br><b>Dr. Arndt</b><br><b>(Hamburg)</b>  | Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf ihre früheren Erklärungen vor dem Deutschen Bundestag und an anderer Stelle aus diesen Gerichtsentscheidungen zu ziehen?  |  |
| 121. Abgeordnete<br><b>Frau Herklotz</b>                   | Ist die Bundesregierung bereit, die in der Empfehlung 174 der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 18. Oktober 1968 vorgeschlagene Bildung eines Komitees hoher Regierungsbeamter zu unterstützen, das die Richtlinien einer koordinierten europäischen Politik für Wissenschaft und Technologie und einer ausgeglichenen Industriepolitik zu erarbeiten hätte? |  |



122. Abgeordneter  
**Dr. Schulz**  
(Berlin)
- Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der Entschließung Nr. 37 der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 16. Oktober 1968 für die Einberufung einer politischen Konferenz einzutreten, um eine institutionalisierte europäische Zusammenarbeit auf allen den Gebieten zu erreichen, die von den europäischen Verträgen nicht erfaßt werden?
123. Abgeordneter  
**Dr. Hofmann**  
(Mainz)
- Entspricht die Darstellung in der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom Mittwoch, dem 4. Dezember 1968, in dem Leitartikel „Sowjetische Einmischung“ den Tatsachen, wonach die Sowjetische Botschaft in Bonn seit Jahren gedrucktes Material in deutscher Sprache, das sowohl das Gastgeberland als auch unsere Alliierten gröblich beleidigt, in der Bundesrepublik Deutschland verschickt?
124. Abgeordneter  
**Dr. Hofmann**  
(Mainz)
- Ist es richtig, daß zum Jahrestag der Oktober-Revolution die Zeitschrift „Sowjetunion heute“, herausgegeben von der Presseabteilung der Sowjetischen Botschaft, u. a. in einem Beitrag von Pawel Naumow wörtlich schrieb: „Aber hier im westdeutschen Staat hält sich hartnäckig der Mief der Jahrhunderte, aufrechterhalten durch das gesellschaftliche System“ und „Die Ideologen des Dritten Reiches bearbeiten unermüdlich und erfolgreich das ideologische Feld der Bonner Demokratie“?
125. Abgeordneter  
**Dr. Hofmann**  
(Mainz)
- Wie würde nach Meinung der Bundesregierung sich die Regierung der Sowjetunion verhalten, wenn die Deutsche Botschaft in Moskau in einem Bulletin in russischer Sprache feststellte: „Aber hier im sowjetischen Staat hält sich hartnäckig der Mief der Jahrhunderte, aufrechterhalten durch das gesellschaftliche System — usw.“?
126. Abgeordneter  
**Dr. Schmidt**  
(Offenbach)
- Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die Einreisegenehmigungen für die Fußballmannschaft von Torpedo Moskau zu Freundschaftsspielen in der Zeit vom 22. bis 29. Dezember 1968 mit den Offenbacher Kickers, dem Bonner SC, dem 1. FC Saarbrücken und dem VfL Osnabrück, die bereits vor dem 21. August 1968 vereinbart worden waren, erteilt werden?
127. Abgeordneter  
**Wendt**
- Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Ausführung des Gedankens, den Bundesaußenminister Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 29. November 1968 wie folgt formulierte: „Nicht zuletzt sollten wir den Problemen unserer Jugend, den Problemen der Ausbildung und des Jugendaustausches auf europäischer Grundlage eine besondere Aufmerksamkeit widmen und uns bemühen, die junge Generation wieder stärker mit dem Werk der europäischen Einigung zu verbinden.“?
- Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

128. Abgeordneter  
**Wendt** Ist die Bundesregierung bereit, über die Ausarbeitung und Durchführung ihrer Pläne zur Intensivierung des europäischen Engagement der Jugend mit den Jugendverbänden in direkte und konkrete Beratungen einzutreten?
129. Abgeordneter  
**Wendt** Woran liegt es, daß die Konferenz europäischer Beamter über die Vorbereitung eines Europäischen Jugendwerkes noch immer nicht zustande gekommen ist?
130. Abgeordneter  
**Müller**  
**(Mülheim)** Womit will die Bundesregierung den Vorwurf entkräften, sie habe in der Sache der verschleppten Koreaner weder das Notwendige noch das Letzte getan, um die Regierung Südkoreas zu bewegen, die entführten Personen in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen?
131. Abgeordneter  
**Müller**  
**(Mülheim)** Hat die Bundesregierung neben der berechtigten Wahrung ihrer völkerrechtlichen Interessen hinsichtlich der begangenen Rechtsbrüche durch Organe eines fremden Staates auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nichts versäumt, um menschliche Erleichterung und auch die Rückführung der Verschleppten zu erreichen?
132. Abgeordneter  
**Müller**  
**(Mülheim)** Was hat die Bundesregierung im einzelnen seit der Verschleppung an diplomatischen Schritten gegenüber Südkorea unternommen?

Bonn, den 6. Dezember 1968